

Wagen und belgischen Gefangenen im ganzen 2021, davon 200 Personen in ausländischen Gefangenen, und zwar 482 Deutsche und 1599 Belgier. Die Gesamtzahl der von den Befehlshabern verhängten Freiheitsstrafen beliefert sich auf 1084 Jahre.

Setzungsverbote sind nicht weniger als 139 ergangen. Die Forderungen die zunächst zu stellen sind, gehen dahin, daß die deutschen Gefangenen so rasch wie möglich der Freiheit zurückgegeben werden. Die von den Franzosen bestellte Unterscheidung zwischen politischen und kriminellen Gefangenen kann nicht anerkannt werden. Bei den vorgekommenen Sabotagefällen sind keinerlei kriminelle Motive maßgebend gewesen. Ferner ist die Wiederherstellung der Pressefreiheit zu verlangen.

Teilweiser Abzug der Ruhetruppen.

Aus Duisburg wird gemeldet: Die belgischen Garnisonen verlassen am 1. Februar Duisburg und Ruhrort. Aus Weidenich sind die belgischen technischen Formationen bereits zurückgezogen.

Das belgische Beispiel macht Schule.

Der „Matin“ berichtet, wenn der dieser Tage vor dem deutsch-belgischen Schiedsgericht zur Verhandlung stehende Prozeß zu einer Beurteilung der deutschen Regierung führen sollte, würden die Deportierten aus dem Norden Frankreichs auch ihrerseits eine Klage auf Entschädigung gegen die deutsche Regierung anstrengen. Die Zahl der Deportierten nimmt der „Matin“ mit 260 000 an.

Ein Reparationsplan von Stinnes.

Duig Stinnes gemähterte in Wilhelm an der Ruhr einem Sonderberichterstatter des „Journal des Debats“ eine Unterredung, in der er diesem den Plan der Beilegung der Reparationen durch Sachleistungen und seine Auffassung der künftigen deutsch-französischen Beziehungen entwickelte. Die Verträge mit der Union die einen Anfang darstellten, liefen darauf hinaus, daß die Ruhrindustriellen mit einer Schuld belastet würden, die das Reich als Ganzes einzulösen habe. Die Ruhrindustriellen haben nicht die Möglichkeit, anstelle des Reiches die Reparationen zu zahlen. Sie finden weiter keine Geldgeber, weil die Grenzen des Staates, zu dem sie gehören, nicht sicher seien. Bis zum 15. April 1924 müsse ein ehrliches und zuverlässiges Abkommen zustande kommen, das der Wirklichkeit Rechnung trage. Sonst müßten die Ruhrbetriebe die Arbeit einstellen. Deutschland könne nicht an Frankreich übermäßig große Summen zahlen.

Die tatsächliche Möglichkeit liege in der Beilegung durch Sachleistungen. Man müsse die Leistungsfähigkeit und die Aufnahmefähigkeit der empfangenden Länder feststellen. Er rate, daß die Reparationen zunächst unter sich den Betrag der Leistungen in Annuitäten festsetzen. Diese Zinsen seien in Goldmark zu berechnen und die vereinbarten Annuitäten durch 20- oder 30jährige Verträge zwischen den Industriellen der Länder zu decken. Die Lieferungen seien den deutschen Industriellen und der Reichsregierung zu bezahlen. Die Sachleistungen würden an die Industriellen Frankreichs usw. gehen. Die einen entdrückenden Teil an ihre Reparationen abzuführen hätten. Diese Beträge müßten in einem Sonderbudget für Reparationen geführt werden. Darüber hinaus könnten gewisse Steuern zu Reparationszwecken Verwendung finden.

Der neue Zar von Rußland.

Wangel Oberbefehlshaber.

Das „Chemn. Tagebl.“ schreibt: Großfürst Nikolai Nikolajewitsch hat sich in aller Stille die Krone der Zaren auf das unternehmungslustige Haupt gesetzt. In einem Telegramm an die russische Kolonie im Belgrad kündigt er ein Wankfest an alle vaterländisch denkenden Russen an, um mit vereinter Kraft Rußland von der Sowjetregierung zu befreien. Gleichzeitig gab Wangel einen telegraphischen Befehl aus, in dem er den in Jugoslawien befindlichen russischen Soldaten sein Kenntnis bringt, daß er von nun an ihr militärischer Vorgesetzter sei, während die politische Macht auf den neuen Herrscher, Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch, übergegangen sei, der zum Zaren erwählt wurde. Die Aktion zur Rettung des Vaterlandes stehe bevor. Auch in England bestehen laut „Daily Express“ zaristische russische Emigrantenorganisationen, die den Zweck verfolgen, die Bolschewisten zu stürzen und die Monarchie wieder zu errichten.

Kleine politische Meldungen.

Der Eisenbahnmarkt im Gleichgewicht. Die deutsche Reichsbahn, die seit Mitte November vorigen Jahres finanziell vollständig auf eigene Füße gestellt worden ist, und seit dieser Zeit vom Reichsfinanzministerium keine Zuschüsse und keine Vermittelung von Krediten mehr bekommt, hat sich seitdem nach Überwindung einer schwierigen Übergangszeit finanziell sehr erfreulich entwickelt. Sowohl sich die Betriebswirtschaft für den Monat Januar übersehen läßt, kann gesagt werden, daß das Unternehmen in dem auf Goldbasis ungestörten ordentlichen Haushalt bereits wieder balancieren wird. Auf Grund der durchschnittlichen täglichen Leistungen im Personen- und Güterverkehr hat im Januar mit einer Einnahme von zusammen 217 Millionen Goldmark gerechnet werden, denen an Ausgaben 218 Millionen Goldmark gegenüberstehen. Es ergibt sich beim Personenverkehr, der schon immer ein Zuschußbetrieb war, ein Defizit von 51, beim Güterverkehr ein Ueberschuß von 85 Goldmillionen, insgesamt also ein voraussichtlicher Ueberschuß von 4 Millionen Goldmark. Nicht inbegriffen sind in diesen Ueberschuß allerdings die noch immer weiterlaufenden Verpflichtungen an der Ruhr.

Zuständigheitsfeld wird mitgeteilt, die Vorbereitungen zur Umwandlung der Reichsbahn in ein nach praktischen Wirtschaftsprinzipien arbeitendes Betriebsunternehmen seien im Gange. Die Ermäßigung der Bahntarife um 8 Prozent erfolge in der Hoffnung, daß der darin liegende Anreiz zur De-

nung des Verkehrs die Annahme im Ganzen günstig beeinflussen wird.

Ein Skandal in der Eisenbahner-Gewerkschaft. Die Unzufriedenheit in der Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten wird anscheinend auch nach einer anderen Seite zu einem Skandal sich entwickeln. In einer Sitzung des Hauptvorstandes wurde nämlich noch festgestellt, daß die Reichsgewerkschaft trotz Kampfstellung zur Regierung sich von dieser während des Ruhrkampfes nicht unerhebliche Mittel hat auszahlen lassen. Diese Gelder sind jedoch nicht zu den Zwecken verwendet worden, für die sie bestimmt waren. Auf eine Anfrage mußte die Leitung, das sind die bekannten Wenne und Scharfswert, zugeben, daß diese Gelder zur Stärkung des Kampffonds verwendet worden sind. Außerdem sollen die von der Regierung während des Ruhrkampfes zu treuen Händen gegebenen Freifahrtscheine auch zu anderen Zwecken gebraucht worden sein, als vorgesehen war. Mit den Freifahrtscheinen haben Angehörige der Reichsgewerkschaft mit Kenntnis der Leitung Privatfahrten unternommen, deren Zweck mit dem Ruhrkampf nicht das Mindeste zu tun hat. Wie verlautet, wird von dem Vorstehen der Reichsgewerkschaft jetzt Rechenschaft über diese ihm vorgeworfenen Unforerlichkeiten verlangt werden.

Der Ausbau des Kapalle-Vertrages. Die Verhandlungen der deutschen Regierung mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zum Ausbau des Kapalle-Vertrages sind nach ihrer Wiederaufnahme im Herbst letzten Jahres bis in die letzten Tage weiter fortgeführt worden. Die bisherigen Verhandlungen haben sich mit dem Konsulatwesen, der Seeschifffahrt, der Rechtshilfe, dem Nachschiffwesen, der Uebernahme von Staatsangehörigen der beiden Teile und der Uebernahme von Verbrechen befaßt und haben im allgemeinen einen günstigen Verlauf genommen. Für die weiteren Verhandlungen sind folgende Materien in Aussicht genommen: Allgemeiner Rechtsschutz, Niederlassungs- und Aufenthaltsrecht, Regelung des Handelsverkehrs, das Konzeptionswesen, Eisenbahnverkehr und Wasserstraßenverkehr, Steuerwesen, Versicherung, gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, privatrechtliche Schulverhältnisse und Familienrecht. Voraussichtlich werden die Verhandlungen bei der Schwierigkeit der zu bewältigenden Materie noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Es ist in Aussicht genommen, sie zunächst in Berlin fortzusetzen, die Abschlußverhandlungen aber in Moskau zu führen.

Die Schlemmer im Arbeitshaus. Vertreter der Gewerkschaften überreichten dem Reichskanzler das Ersuchen nach Wiedereinführung der Arbeitshausüberweisung für die Deutschen, die in ausländischen und inländischen Kurorten der übertriebenen Schlemmeri überwiegen seien, durch Notverordnung. — Wie verlautet, hat sich die sozialdemokratische Fraktion am Sonntagabend mit einem gleichen Antrag befaßt, der auf die Tagesordnung der am 17. d. M. in Berlin stattfindenden Gesamtsitzung gesetzt worden ist.

Von Stadt und Land.

Aue, 12. Januar.

Einzahlung der sächsischen Schapanweisungen.

Die Verhandlungen des Reichsfinanzministeriums mit der sächsischen Regierung — wie wir mitteilten, ist der sächsische Finanzminister Dr. Reinhold nach Berlin gefahren — wegen der Ausgabe kriegsgestückelter Schapanweisungen auf Rentenmark haben folgendes Ergebnis gehabt: Der sächsische Finanzminister hat anerkannt, daß die Ausgabe von Schapanweisungen, die den Charakter von Notgeld haben, der Genehmigung des Reichsfinanzministers bedarf. Weitere Schapanweisungen in kleinen Stücken werden nicht ausgeben werden. Die bisher ausgegebenen werden sobald wie möglich, längstens innerhalb zwei Monaten eingezogen werden. Um das Publikum, das die Schapanweisungen vertrauensvoll in Zahlung genommen hat, nicht zu schädigen, hat der Reichsfinanzminister, zumal, da es sich nur um einen Betrag von 6 Millionen Rentenmark handelt, von den inflatorischen Wirkungen nicht zu besorgen sind, nachträglich die Genehmigung erteilt, daß die sächsischen Schapanweisungen wie anderes Notgeld an den Reichskassen in Zahlung genommen werden und von diesen der sächsischen Regierung in Anrechnung auf die Steuerüberweisungen zu übermitteln sind.

Der Reichsfinanzminister hat aus Anlaß der Ausgabe sächsischer Schapanweisungen ein Schreiben an die Regierungen der Länder gerichtet, in welchem er darauf hinweist, daß die Länder zwar in der Begebung von Anleihen selbständig sind, daß aber eine Begebung von Scheinen, die als Zahlungsmittel zu dienen geeignet sind, als Notgeld seiner Genehmigung bedarf. Eine solche Genehmigung könne und werde er nicht erteilen, sofern mit der Ausgabe eine Inflationsgefahr verbunden sein könnte. Zum Schutze der Rentenmark könne er keinesfalls die Ausgabe von Schapanweisungen in kleinen Stücken, die auf Rentenmark lauten, genehmigen.

Regierungsrat Westphalinger aus der Schutzhaft entlassen. Nachdem am Weihnacht-Heiligen-Abend der Oberreiterungsminister Wierich aus der Schutzhaft entlassen worden ist, ist gestern auch, nach 54 wöchentlicher Schutzhaft, Regierungsrat Westphalinger entlassen worden. Der Anlaß zu dieser Maßnahme ist gegenstandslos geworden, da beide nur Aufträge der Regierung ausgeführt haben.

Ersparnisse für die Sachverständigen erschaftsteuerfrei. Das Ministerium des Innern weist besonders darauf hin, daß alle Zuwendungen an die unter dem Namen „Sachverständigen“ für Zwecke der Ernährungsfürsorge und zwar in erster Linie für Waffenspendungen in Sachen laufende Sammlungen von der Erschaftsteuer befreit sind.

Herabsetzung der Personentaxe? Das Reichsverkehrsministerium hat infolge des Rückganges der Einnahmen der Eisenbahn auch die Herabsetzung der Personentaxe zur Verhandlung im Ministerium gebracht. Die evtl. Herabsetzung wird frühestens im März in Kraft treten.

Zur Wahl.

Die Wahlen stehen vor der Tür. Morgen soll mit dem Stimmzettel der Kampf um die zukünftige Zusammensetzung des Stadtparlaments ausgefochten werden und jeder muß sich darüber klar sein, von welcher Wichtigkeit für ihn selbst die Krz und Weisse ist, wie die Vertreter der Einwohner am

Stadtratsparlament teilnehmen und die Rechte und Pflichten, die ihnen gegeben sind, ausüben werden.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, auf welche Seite die Stimmen abgegeben werden müssen. Was kann man von den Linksparteien erwarten? Denken wir an die fortgesetzten Tumulte des vergangenen Sommers, die von einer Regierung, die sich auf diese Parteien stützte, entweder gar nicht oder gern gesehen wurden. Denken wir an die Reden eines Liebmann und Böttcher! Denken wir an Feigner! Auf den Lippen den „Klassenkampf“, die Hand aber hinterm Rücken bereit zum Empfang von „Extragrattifikationen“. Und hat nicht die letzte Demonstration auf dem Markte bewiesen, daß die Kräfte, die sich im Sommer offen betätigen konnten, nicht daran denken, ihre Wählerarbeit einzustellen? Hat nicht die „Brandrede“ allem die Augen geöffnet darüber, was mit diesen „Führerpersönlichkeiten“ los ist? Nämlich nach der Devise zu handeln: Erst aufputschen, dann sitzen lassen! Und ist nicht der Verfochtene stetig geworden über das, was die Polizei jetzt an Waffen und Munition in Querhammer aufgefunden hat?

Wir brauchen Ruhe und Ordnung im Reiche, im Lande und vor allem auch in der Gemeinde. Und allen Ruhestörern, müden sie von rechts oder von links kommen, muß gedroht auf den Leib gerichtet werden. Was sich ergeben würde, wenn das Stadtratsparlament von Linksparteien beherrscht würde, dafür liegen Beispiele sattfam vor. Darum ist vornehmste Pflicht aller besonnenen Einwohner unserer Stadt unter allen Umständen zu wählen.

und bei der Wahl des Zettels, den sie der Wahl übergeben, zunächst an den Kampf gegen Habitualismus und Ruhestörer zu denken.

Und dann muß der Wähler daran denken, daß von einer sozialdemokratisch-kommunistischen Hälfte des Landtages dem gesamten sächsischen Volke und so auch unserer Stadt eine neue Gemeindeordnung aufgedrungen wurde lediglich deshalb, um auch die Herrschaft einer einzelnen Klasse über alle auch im Gemeinleben fühlbar werden zu lassen. Um nun die Auswirkung dieser neuen Gemeindeordnung nicht noch schlimmer werden zu lassen, als sie an sich schon ist, muß das Bürgerium fester denn je zusammenstehen und Meinungsverschiedenheiten vergessen, die bei uns in Deutschland, wo jeder seine eigene Meinung hat, eine so verhängnisvolle Rolle zu spielen pflegen.

Also auf zur Wahl! Niemand darf sagen: Auf meine Stimme kommt es nicht an. Im Gegenteil: es kommt auf jede Stimme an. Und wenn alle, denen das Wohl unseres Stadt am Herzen liegt, wenn alle, die das Unheil einsehen, das uns ein Unstern gebracht hat und weiter bringen muß, am Sonntag zur Wahlurne treten und eine bürgerliche Liste wählen, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben, dann muß auch eine bürgerliche Mehrheit im Stadtratsparlament erreicht werden.

Christliche Elternvereine. In der am Donnerstag im Pfarrhaus abgehaltenen und sehr gut besuchten Versammlung der „Christlichen Elternvereine des Aueralters“ gab der Vorsitzende Herr Stadtrat Rogner zunächst einen Rückblick auf die verfloffenen christlichen Festtage, berichtete dann über die Tätigkeit des verfloffenen Jahres und ging dann auf den für die bevorstehenden Stadtratswahlen von der Vereinigung und den ihr verwandten Körperschaften gemeinlich aufgestellten Vorschlagsliste ein. Einmütig wurde die Aufforderung einer besonderen Liste auf gegeben und der Wunsch geäußert, daß ihr recht viel Anhänger erstehen möchten; denn nichts ist heiliger, als unsere Kindern das zu sichern, was uns geboten wurde, nämlich eine gute Erziehung im christlichen Sinne. Besonders wurde in der Versammlung betont: Wenn andere meinen, daß der christliche Glaube mit den Stadtratswahlen nichts zu tun habe, dann dürfte sich erst recht nicht die Politik einmischen, eingreifen zu dürfen; denn nicht politische Forderungen, sondern gemeinsames Arbeiten zum Wohle des Ganzen ist erforderlich.

Rücktritt des Herrn Branddirektors Weichold. Nach 24-jähriger Feuerwehrtätigkeit ist Herr Kaufmann Max Weichold in Aue aus Gesundheitsrücksichten von seinem Amte als städtischer Branddirektor zurückgetreten. Aus diesem Anlasse wurde ihm für seine treue und erfruchtliche Tätigkeit als Feuerwehrmann die städtische Ehrenurkunde und vom Landverbände sächsischer Feuerwehren das Ehrenzeichen für langjährigen treuen Feuerwehrdienst verliehen. Diese Auszeichnungen wurden ihm gestern durch Herrn Bürgermeister Hofmann unter anerkennenden Worten ausgehändigt.

Filmaufnahme. Wie uns mitgeteilt wird, finden am Sonntag in unserer Stadt Filmaufnahmen statt. Man wird Hüber aus dem Straßenleben, Ansichten von landschaftlich hervorragenden Punkten und von besonders in die Augen fallenden Gebäuden aufnehmen. Hierbei wird auch der Kurapparat des Kaffeehaus besichtigt und dort erst die Ankunft von Gästen, dann der Herzug in dem Lokal selbst auf dem Film festhalten. Näheres siehe Inserat in der heutigen Nummer.

Fahrpländeränderungen ab 14. Januar 1924: Pa. 1954 von Berbau nach Schwarzenberg am Aue 10.02, ab 10.09 vorm. Pa. 1955 von Schwarzenberg nach Joidau am Aue 11.44, ab Aue 11.52. Pa. 2057 von Schneeberg nach Aue am 11.41 vorm. Pa. 1772 von Chemnitz nach Aue am 11.08 vorm. entfällt. Pa. 1786 von Chemnitz nach Adorf am 9.52, ab 10.19 vorm. Pa. 1787 von Adorf nach Chemnitz am 11.42, ab 11.55 vorm. Pa. 1788 von Aue nach Adorf umt. 8. ab 4.51 nachm. am letzten W jeder Woche. Pa. 1778 von Adorf nach Chemnitz am 4.45, ab 5.03 nachm. Pa. 1778 von Chemnitz nach Adorf am 4.50, ab 5.40 nachm. Pa. 1784 von Chemnitz nach Aue am 6.44 nachm. W außer am letzten W jeder Woche. Pa. 1778 von Chemnitz nach Adorf am 8.54, ab 8.58 nachm. Pa. 1787 von Adorf nach Chemnitz am 8.59, ab 9.06 nachm. Pa. 1064 von Joidau nach Schwarzenberg am 8.88, ab 8.88 nachm.

Ein Schlitzen mit allerhand kommunistischen Flugblättern bezogen erregte die Aufmerksamkeit der hiesigen Polizeibehörde und wurde beschlagnahmt. Gleichzeitig wurde eine Anzahl Personen, die zu diesem Schlitzen gehörten, und Austräger solcher Flugblätter zwecks Feststellung der Personaltaxe festgenommen. Nach Prüfung der Flugblätter, ob sie zur Genehmigung auf Grund der Verordnung des Reichsstatistikbureaus General Müller vorgelegt worden waren, wurde ein solches mit der Aufschrift „Ein Hundsfott, wer da rgerlich wählt“ als unzulässig eingezogen.